

Von Niedersachsen. Für Deutschland. In Europa.

Europa macht man nicht mit links: Unser Kandidat für Europa: Hans-Peter Mayer



Die Fragen stellte Norbert von Handorf

Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union (EU) ein mehr oder weniger ein abstraktes Gebilde. Wie versuchen Sie, den Bürgern EU-Politik näher zu bringen?

Durch zahlreiche Vorträge zu allen relevanten Themen vor Ort. Gleichzeitig berichte ich über die Arbeit des Europäischen Parlaments in meinen Infobriefen "Straßburg Aktuell" und "Europa Aktuell", die auch auf meiner Homepage abgerufen werden können. Pressemitteilungen und direkte Pressegespräche sind ein weiteres Transportmedium. Außerdem empfangen Sie in Straßburg und Brüssel eine Vielzahl von Besuchergruppen, um Europa und das Zusammenspiel von Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und dem Ministerrat in der Gesetzgebung anschaulich zu erklären.

Welche politischen Interessen und Ziele vertreten Sie im Europäischen Parlament (EP)?

Als CDU-Europaabgeordneter gehöre ich zur Fraktion der Europäischen Volkspartei-Europäische Demokraten (EVP-ED) und verrete somit natürlich auch deren Ziele. Als gewählter Vertreter aus Niedersachsen stehe ich auch für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in meiner Heimatregion und versuche, diesen in Europa Gehör zu verschaffen. Dabei verliere ich den europäischen Gedanken nie aus den Augen. Als Wirtschaftsjurist ist mir die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes ein wichtiges Anliegen, denn dieser wird Deutschland weiterhin enorme Vorteile bringen.

Kritiker befürchten, die Union werde durch die Aufnahme der neuen Mitglieder zu einem aufgeblähten und unbeweglichem Koloß. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie bezüglich künftiger Entscheidungsprozesse in der EU?

Die Erweiterung der EU ist historisch gerecht, denn sie überwindet die Teilung des Kontinents in Ost und West. Die neuen Mitgliedstaaten sollen an dieser Friedensunion partizipieren dürfen; sie haben sogar ein Recht darauf. Wir müssen die Anstrengungen der neuen Mitgliedstaaten würdigen, die sie in Vorbereitung des Beitritts unternommen haben. Die Reformen haben der Bevölkerung viel abverlangt. Formell ist die Wiedervereinigung Europas am 1. Mai 2004 vollzogen worden, Jalta damit endgültig Geschichte.

Aufgrund unserer eigenen Erfahrungen in Deutschland wissen wir, wie schwierig die Verwirklichung der Einheit ist. Europa kann aus unseren Fehlern lernen.

Die "Neuen" werden frischen Wind in die europäische Arena bringen. Davor müssen wir keine Angst haben. Die Entscheidungsprozesse in einer erweiterten EU werden langsamer von statten gehen. Das besagt schon das Gesetz der Zahl. Sie werden den "alten" Mitgliedstaaten die Machbarkeit vor Augen führen. Andererseits muß auf gewisse Befindlichkeiten Rücksicht genommen werden, ohne daß die weitere Integration Europas deshalb zum Stillstand kommen muß.

Wichtig ist, daß die Verfassung Europas nunmehr zügig verabschiedet wird. Die Institutionen Europas sind im Grunde immer noch auf die EU der sechs Gründerstaaten ausgelegt. Dies beeinträchtigt die Arbeitsfähigkeit. Daher ist die Verfassung notwendig, die die EU institutionell umfassend erweiterungstauglich macht. Natürlich wäre es besser gewesen, dies schon vor der Erweiterung auf den Weg gebracht zu haben. Aber die politischen Realitäten sind anders. Wichtig ist, auf nationale Eitelkeiten zu verzichten.

Welche Bedeutung hat die Verfassung für das Europäische Parlament?

Mit dem Verfassungsvertrag wird das Parlament zu einer vollwertigen

Volksvertretung ausgebaut. Es erhält die Befugnis, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen. Dies erfolgt auf Vorschlag des Europäischen Rates "unter Berücksichtigung der Wahlen zum Europäischen Parlament". Damit dürfte in Zukunft diejenige Partei den Kommissionspräsidenten stellen, die aus den Wahlen als stärkste Fraktion hervorgeht. Das Parlament erhält volle Mitentscheidung im Bereich der Gesetzgebung und des Haushalts. Die wenigen noch verbliebenen Bereiche der alleinigen Entscheidung des Ministerrats wurden fast vollständig aufgehoben, insbesondere im Bereich der Agrar-, Struktur-, Innen- und Justizpolitik. Ein umfassendes Gesetzesinitiativrecht hat das Europäische Parlament nicht. Es wurde nicht einmal vom Parlament selbst gefordert. Allerdings kann das Parlament wie auch schon in der Vergangenheit die Kommission zur Vorlage von Vorschlägen auffordern. Neu verankert wurde jedoch die Verpflichtung der Kommission, dazu eine Entscheidung zu treffen und bei Ablehnung dem Parlament die Gründe mitzuteilen. Angesichts der durch das neue Benennungsverfahren verstärkten Abhängigkeit der Kommission vom Parlament dürfte das künftig die Ausnahme sein. Ein entsprechendes Recht des Rates besteht nicht. Defizitär geblieben sind die Beschluss- und Kontrollbefugnisse des Parlaments im Bereich der Außen- und Sicher-

Von Niedersachsen. Für Deutschland. In Europa.

heitspolitik. Besonders schmerzlich ist die verbliebene Unklarheit bei den Handelsverträgen (etwa WTO), die erhebliche Auswirkungen im täglichen Leben haben.

Was halten Sie von einem Kerneuropa?

Ich mag den Begriff nicht. Er klingt überheblich. Das "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" oder der "konzentrischen Kreise" ist schon heute Realität. Nehmen Sie die Wirtschafts- und Währungsunion als Beispiel. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, kann mitmachen. Niemand wird zur Teilnahme gezwungen, darf die anderen aber auch nicht daran hindern, die Integration in bestimmten Bereichen zu vertiefen. Entschiedener Widerstand ist allerdings angesagt, wenn versucht werden sollte, über den Umweg der abgestuften Integration die Gemeinschaftsmethode zu schwächen. Gemeinschaftsmethode heißt, die Beteiligung aller EU-Institutionen am Gesetzgebungsprozeß, wobei insbesondere das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber die demokratische Kontrolle gewährleistet. Die Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten, die intergouvernementale Methode, findet in der Regel hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung des Parlaments statt.

Hat EU-Europa eine Grenze?

Ja, Europa ist nicht "grenzenlos". Mit Bulgarien und Rumänien laufen Beitrittsverhand-

lungen. Kroatien und Mazedonien haben Beitrittsanträge gestellt. Die Erweiterungsfähigkeit der EU muß gerade mit Blick auf die Türkei sorgsam diskutiert werden. Ich halte das Konzept der privilegierten Partnerschaft für vernünftig. Die EU grenzt heute an Rußland, Weißrußland und die Ukraine. Hier laufen bereits Diskussionen, wie die EU in Zukunft die Beziehungen mit diesen neuen Nachbarn partnerschaftlich gestalten kann.

Welche Wünsche und Visionen haben Sie für eine zukünftige EU?

Der EU fehlt es derzeit an einer Vision und an einem Vertreter dieser Vision. Das Projekt des Binnenmarktes unter dem seinerzeitigen Kommissionspräsidenten Jacques Delors war so eine Vision, die alle angetrieben hat weiterzumachen. Die EU-Erweiterung und damit die Überwindung der Teilung in Ost und West als Ergebnis des Kalten Krieges war ein ebenso hehres Ziel, das geschultert werden muß. Ich wünsche mir, daß Mitgliedstaaten der EU in Zukunft wieder mehr Wert darauf legen, die selbst mitbeschlossenen europäischen Vorgaben zielgetreu umzusetzen, ohne neue Schranken aufzubauen oder die jeweils eigenen Staatsangehörigen durch Verschärfung der EU-Vorgaben zu diskriminieren. Obwohl sehr viel erreicht wurde, hat es den Anschein, als müßte man ein Projekt "Binnenmarkt II" auflegen. Zudem wünsche ich mir, daß die Verfassung

Europas bald umgesetzt wird. Denn hier sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß auch ein erweitertes Europa noch besser funktioniert.

Visionär ist sicherlich das Ziel, Europa bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Raum zu machen. Diese Vision ist mit mehr Leben, mit mehr Information, mit weniger Verwaltung und mehr Förderung zu füllen. Vielleicht muß man das Ziel in zeitlicher Hinsicht verschieben, aber man sollte es auf gar keinen Fall aus den Augen verlieren.

Letzte Umfragen sagen eine niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 13. Juni 2004 voraus. Warum ist es wichtig wählen zu gehen?

Das Wahlrecht ist ein urdemokratisches Recht, für das viele Generationen von Menschen gekämpft haben. Es ist auch eine gesellschaftspolitische Pflicht und demokratische Tugend und nicht etwas, zu dem man sich bequemt.

Außerdem: Nur wer wählt, kann auf die Politikgestaltung in Europa Einfluß nehmen. Das Europäische Parlament bestimmt heute in den meisten Politikfeldern als Gesetzgeber mit. Es bestimmt über den EU-Haushalt. Gleichzeitig kontrolliert das Europäische Parlament die Tätigkeit der anderen EU-Organe. Zum Beispiel werden bis zu 80 Prozent des Wirtschaftsrechtes heute in Europa gemacht. Die Mitgliedstaaten, auch Deutschland, setzen nur noch um. Die

entscheidenden Weichenstellungen macht also Brüssel.

Als Mitgesetzgeber nimmt das Europäische Parlament wesentlichen Einfluß auf die rechtliche Gestaltung des Binnenmarktes. Das hat praktische Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Wer bei der Europawahl für die CDU stimmt, stärkt damit die EVP-ED-Fraktion. Es ist erklärtes Ziel, wieder stärkste Fraktion im Europäischen Parlament zu werden. Denn das Ergebnis der Wahl wird sich bei der Auswahl des neuen Kommissionspräsidenten und der Kommissare widerspiegeln. Und Europa braucht eine starke Frau oder einen starken Mann an der Spitze der europäischen Verwaltung, die entscheidende Anstöße für die europäische Politik gibt. Es ist also wichtig nicht nur wählen zu gehen, sondern insgesamt das Europäische Parlament durch eine hohe Wahlbeteiligung als Volksvertretung Europas zu stärken.

Abschließend dazu:

Es gibt keine Alternative zu Europa. Die EU ist eine Erfolgsgeschichte. Historisch gesehen hatten wir noch nie so lange Frieden in Europa. Das allein ist sehr viel wert. Die EU ist das einzig zukunftsweisende Konzept. Aber Europa ist keine Selbstverständlichkeit. Die Gestaltung Europas bedarf täglicher Anstrengungen auch vor Ort. Daher ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl ihrer Vertreter im Europäischen Parlament wichtig.